

K.O.B.R.A.-Presseinfo

zu Schikanen und weiteren Gerichtsprozessen in Gießen



Datum: 09.12.06

Überwachungswahn Gießener Polizei bei politischen Gerichtsprozessen produziert neue Gerichtsprozesse

Es ist absurd: Schon jetzt haben die aus politischen Interessen geführten Gerichtsprozesse gegen AktivistInnen aus dem Umfeld der Projektwerkstatt große Mengen Steuergelder verschlungen, massive Polizeieinsätze begleiteten die Gerichtsverhandlungen und ein Ende ist nicht abzusehen. Doch gerade die umfangreichen Überwachungsmaßnahmen werden jetzt viele neue Verfahren nach sich ziehen. Denn gelangweilte PolizeibeamtInnen haben mehrere Mini-Delikte zur Anzeige gebracht. Und der Verfolgungsapparat läuft wieder an ...

Die Gerichtsverhandlung vor dem Amtsgericht gegen einen Aktivist aus der Projektwerkstatt wurde nicht nur am Ort des Geschehens von Polizeieinheiten abgesichert, sondern der Angeklagte und viele ZuhörerInnen vor und nach dem Geschehen im ganzen Stadtgebiet Gießen auf Schritt und Tritt verfolgt.

„Mehrfach wurde die Kanzlei meines Rechtsanwaltes stundenlang von zwei Polizei-Kleinbussen beobachtet, die an beiden Seiten des Hauses standen. Zudem wurde ich auf Schritt und Tritt durch die Stadt von mindestens einem Kleinbus oder Polizeibeamten zu Fuß begleitet“, berichtet der damalige Angeklagte. Auch andere Anwesende, die den Prozess als ZuschauerInnen verfolgen wollten, berichteten von solchen Observationsen. Nun hagelt es Anzeigen, u.a. bereits dreimal wegen Überquerens einer Ampel bei Rot. „Die haben offenbar Langeweile oder den Auftrag, jede Lappalie zu verfolgen, um immer mehr Gerichtsprozesse zu provozieren und dadurch einzuschüchtern“, schüttelt Patrick Neuhaus den Kopf. Er war mehrfach als Zuhörer beim Prozess und hat jetzt schon zwei Anzeigen vorliegen. „Mir scheint aber, dass sich die Beamten solche Ereignisse auch ausdenken, denn an eine Situation kann ich mich noch genau erinnern. Da waren die Beamten wohl sauer und rächen sich so.“ Die Betroffenen lassen sich aber angesichts der neuen Anzeigenserie offenbar wenig einschüchtern: „Über all das kann ich nur lachen. Ich bin gespannt, wie die RichterInnen der Amtsgerichte damit umgehen. Die meisten von denen sind zwar auch vor allem HandlangerInnen der Herrschenden, aber eine Masse völlig absurder Prozesse erfreut die vielleicht auch nicht“, kann Jörg Bergstedt, ein weiterer Betroffener der Anzeigen, seinen Spott nicht verhehlen: „Mir macht das alles nichts – im Gegenteil. Das schafft wieder die Chance, die Absurdität von Polizei und Justiz öffentlich zu machen.“

Rechts: Blick aus der Anwaltskanzlei mit Observationsfahrzeug der Polizei



Absender:
K.O.B.R.A.
**Koordination & Beratung
für Repressionsschutz &
Antirepression**

Hinweis:
Diese Presseinfo ist keine Stellungnahme „der“ Gruppe K.O.B.R.A., denn diese Gruppe gibt es nicht. Vielmehr ist es eine Anlaufstelle, in der Menschen mit ihren Ideen aktiv werden können. Ziel ist, Informationen über Repressionsmethoden und emanzipatorische Alternativen zu veröffentlichen und Menschen zu helfen, sich gegen die Übergriffe von Polizei und Justiz zu wehren. Alle Stellungnahmen unter dem Namen K.O.B.R.A. erfolgen anonym. Das von den Nazis gegen jüdische Rechtsanwälte gerichtete Rechtsberatungsgesetz gilt bis heute und stellt Rechtsberatung durch Personen, die der Staat dazu nicht legitimiert hat, unter Strafe. AktivistInnen bei K.O.B.R.A. missachten dieses Gesetz bewusst und fordern den Staat auf, tätig zu werden, damit ein Gerichtsprozess dieses Gesetz demaskieren kann.

Gegen autoritäre Politik,
Strafe und Kontrolle!
Für Autonomie und Kooperation!



K.O.B.R.A.
c/o Projektwerkstatt

Ludwigstr. 11
35447 Reiskirchen-Saasen
Tel. 06401/90328-3, Fax -5
Handy 0174/7640667

E-mail: kobra@projektwerkstatt.de
www.projektwerkstatt.de/kobra

Bahnhof: Saasen
(Linie 635: Gießen - Fulda)
(Bus 5100: Gießen - Grünberg)